



Bezirk
Frankfurt

Presseinfo

Frankfurt, 1. Februar 2005

Berthold Huber auf Mitbestimmungsforum des Bezirks Frankfurt:

IG Metall und Betriebsräte lassen sich nicht spalten

Für die Weiterentwicklung und gegen eine Einschränkung und Abschaffung der Mitbestimmung, wie sie die Arbeitgeber-Verbände BDA und BDI fordern, hat sich heute in Frankfurt der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, ausgesprochen. Die Betriebsräte seien es leid, sagte er auf einem Forum des Bezirks Frankfurt vor rund 170 Funktionärinnen und Funktionären seiner Gewerkschaft, wenn bei der Forderung nach Abschaffung der Tarifautonomie das Hohe Lied ihrer Eigenständigkeit gesungen würde und sie im gleichen Atemzug ihrer Mitbestimmungsrechte beraubt werden sollten. Huber kritisierte dies als „Doppelmoral“. „Geben Sie den vergeblichen Versuch, die IG Metall und Betriebsräte auseinanderdividieren zu wollen, endlich auf“, appellierte er an die Arbeitgeber.

Positionen von BDI und BDA zur Betriebsverfassung nannte der Zweite Vorsitzende einen „Schlag ins Gesicht der Mitbestimmung“. Ihre Forderung etwa, das Initiativrecht des Betriebsrats bei betrieblichen Berufsbildungsmaßnahmen komplett zu beseitigen, vertrage sich nicht mit ihrem Anspruch nach gut qualifizierten und mitwirkenden Beschäftigten. Die Forderung, die Rechte des Betriebsrats bei der betrieblichen Lohngestaltung einzuschränken und bei den Modalitäten der Entgeltzahlung ganz abzuschaffen, widerspreche dem gemeinsam vereinbarten Reformprojekt Entgeltrahmen-Abkommen. Und eine betriebsnähere Tarifpolitik, wie sie das Pforzheimer Abkommen mit sich bringe, erfordere mehr statt weniger Mitbestimmung, sagte Huber.

Der Frankfurter IG Metall-Bezirksleiter Armin Schild kündigte auf dem Forum an, man wolle das im vergangenen Jahr begonnene Arbeitnehmerbegehren um Forderungen zur demokratischen Teilhabe in Wirtschaft und Gesellschaft erweitern. Dabei würden neben der Abwehr der Arbeitgeber-Angriffe auf Unternehmensmitbestimmung, Betriebsverfassung und Tarifautonomie eigene Vorschläge für Reformen und für eine Ausweitung der Mitbestimmung im Mittelpunkt stehen. „In unserem Bezirk wollen wir an betrieblichen Beispielen den Wert sowohl der Unternehmensmitbestimmung als auch der betrieblichen Mitbestimmung für Unternehmenserfolg, Arbeitsplätze und Gesellschaft herausstellen“, sagte der Bezirksleiter.

„Wir wollen Mitbestimmung greifbarer und dadurch unangreifbarer machen und auf dieser Basis für die Forderung nach mehr und erweiterter Teilhabe werben“, nannte Schild die Ziele der Kampagne. Er erinnerte daran, dass Management-Fehler und der daraus resultierende Personalabbau bei Opel hätten verhindert oder zumindest

abgemildert werden können, wenn man dort die Vorschläge des Betriebsrats für Produkt- und Produktionsinnovationen ernst genommen und aufgegriffen hätte. Der Bezirksleiter zog daraus die Schlussfolgerung: „Nachhaltige Unternehmenspolitik darf sich nicht an kurzatmigen Shareholder-Interessen orientieren. Effiziente Ökonomie setzt die Berücksichtigung sozialer Interessen der Beschäftigten und der Interessen der Gesellschaft insgesamt voraus. Dazu wiederum ist demokratische Teilhabe Voraussetzung.“

Klaus Mehrens, Schilds Vorgänger im Amt des Bezirksleiters, nannte die Mitbestimmung in der Wirtschaft „einen demokratischen Wert an sich“. Sie entspreche dem Menschenbild einer aufgeklärten Gesellschaft. Undemokratisch sei es, die Menschen nicht an Entscheidungen teilhaben lassen zu wollen, deren Folgen für sie oft von existenzieller Bedeutung seien, kritisierte er die „rückwärts gewandten Vorstellungen der Arbeitgeber“. Dass solche Teilhabe sich positiv auf Motivation und Identifikation der Beschäftigten, auf betrieblichen und sozialen Frieden auswirke, sei unmittelbarer Ausfluss ihrer demokratischen Qualität. Dass angesichts der Exporterfolge gerade mitbestimmter Unternehmen diese Teilhabe nicht als Standort- und Wettbewerbsnachteil gewertet werden könne, sei zwar in der Diskussion hilfreich. Eine solche Argumentation greife aber zu kurz. Sie spiele tendenziell denen in die Hände, die aus einem kurzsichtigen Shareholder-Value-Denken Kosten zum alleinigen Kriterium für die Qualität der Arbeit und der Menschen machten, die sie erbringen.

Mehrens verlangte von Gewerkschaften und Politik eine verstärkte und offensive Debatte über Wirtschaft und Demokratie in Europa. Denn für immer mehr Bereiche würden europäische Rechtsnormen geschaffen, die auch die Teilhabe der Menschen an wirtschaftlichen Entscheidungen betreffen. Diese Rechtsnormen im Sinne der arbeitenden Menschen zu beeinflussen, müsste zur gemeinsamen Aufgabe der europäischen Gewerkschaften werden.

Hartwig Oertel
Fon: 069/6690963303
Mobil: 0170/3333850
hartwig.oertel@igmetall.de